



Wo bleibt der Medienaufschrei?

Die emeritierte Gender-Studies-Professor*in Lann Hornscheidt durfte in den ARD-Tagesthemen tatsächlich ihre skurrile Forderung erheben, die Endung „ens“, den Mittelteil von „Mensch“, für alle stehen zu lassen. Anstatt „Ein Käufer und sein Einkaufskorb“ solle man lieber „ens Käufens und ens Einkaufskorb“ sagen. Das sei, so Hornscheidt, eine „neue Form“ des Sprechens, die, die Gesellschaft zusammenführt“. Das ist kein Witz. Nicht nur, dass solcher zwangsgebührenfinanzierte Unsinn unwidersprochen gesendet werden durfte – nein, mit diesen didaktischen Anweisungen einzelner an das Sprachhandeln aller wird im Gegenteil die Gesellschaft weiter gespalten.

Laut Rat für deutsche Rechtschreibung schafft das Gendern Hürden für Menschen mit Einschränkungen oder Deutsch als Zweitsprache genauso wie für Erwachsene mit geringer Literalität – mit wirklicher Gleichberechtigung hat das Genderprojekt also wenig zu tun; sehr viel dagegen mit tugendhaften Bekenntnissen. Die stammen allerdings von einer Ex-Professorin, die in völliger etymologischer und kulturhistorischer Ahnungslosigkeit deutsche Wörter wie „schwarzfahren“, „schwarzsehen“ oder gar „schwarzmalen“ als rassistische Metaphern kritisierte.

Impressum: V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Hartung, AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart. Alle hier bereitgestellten redaktionellen Texte und Fotos dienen lediglich Informationszwecken und der freien Meinungsbildung über das aktuelle Zeitgeschehen. Weitergabe ausdrücklich erwünscht. Eine Rechtsberatung findet nicht statt. Redaktionsschluss 11/2021 Die Redaktion erreichen Sie unter presse@afd.landtag-bw.de



FRAKTION

BW

AfD

www.afd-fraktion-bw.de
www.facebook.com/AfDFraktionBW

**AUF
KLO**

Aber auch unser SWR ist mit seinem Jugendformat funk dabei. In einer Folge von Auf Klo ging es um subjektive „Neopronomen“ wie „xier“ oder „dey“: Jeder dürfte die nutzen, wenn er möchte. Das kontrariert jeden Deutschunterricht. Und sprachwissenschaftlich schlicht absurd ist die Behauptung, dass nicht jede Person in jedem Setting dieselben Pronomen benutzt. Dieser Grundsatz hätte zur Folge, dass jeder nach Laune, Tageszeit oder Position im Menstruationszyklus statt „ich“ unterschiedliche Fantasie-Pronomen nutzen darf. Diese Redaktion fokussiert sich mit 45 Millionen Euro Zwangsgebühren auf „queere non-binäre Porn Performer“. Damit beschwört sie herauf, wogegen sie vorgibt einzutreten: Diskriminierung und Ausgrenzung.



BWJournal

AUSGABE 6

Gendern – Sprachverbesserung oder Sprachmanipulation



Kultusministerin Theresa Schopper und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (beide Grüne) wollen Schulen und Hochschulen anheimstellen, ob sie Gendersprache und -zeichen zulassen. Das ist absurd. Das Amtliche Regelwerk für die deutsche Orthografie des Rats für deutsche Rechtschreibung empfiehlt Genderzeichen wie Stern oder Unterstrich nicht. Doch genau dieses Regelwerk gilt in unseren Bildungseinrichtungen. Damit handeln beide Ministerinnen eindeutig ideologisch und stellen „Geschlechtergerechtigkeit“ über sprachliche Kenntnisse und Kompetenzen. Zwei Drittel der Deutschen lehnen laut Infratest Dimap eine genderte Sprache ab. Das ist Schopper und Bauer egal – sie wollen die politische Agenda der Grünen gegen jede Vernunft und Regel durchsetzen und sich dabei trotzdem aus der Verantwortung stellen.

Der Stuttgarter Klett Verlag kündigte dagegen an, auf Genderzeichen in seinen Unterrichtsmaterialien zu verzichten: Eine geschlechter-

gerechte Schreibung dürfe das Erlernen der geschriebenen deutschen Sprache keinesfalls zusätzlich erschweren. Solche Zeichen sind nicht laut lesbar. In gedruckten Texten gleicht das große „I“ zudem oft einem kleinen „L“. Außerdem sind Partizipialkonstruktionen wie „Studierende“ grammatisch falsch. Und nicht zuletzt sind Trennungsregeln unklar, wenn etwa ein Doppelpunkt am Ende einer Zeile steht und es dann mit „innen“ weitergeht.

Die AfD-Fraktion hat Bauer unterdessen aufgefordert, die absurden Leitlinien der Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten für geschlechtergerechte Sprache an den Hochschulen zu stoppen und dafür Sorge zu tragen, dass die Benotung weiter nur nach fachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Sie solle Praktiken wie an der Universität Kassel, in Hausarbeiten Punkte abzuziehen, wenn die Geschlechtsbezeichnungen nicht „korrekt“ sind, eine klare Absage erteilen.



Gendern: Fühlen statt Sein



LGBT ist eine aus dem englischen Sprachraum übernommene Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender (lesbisch, schwul, bisexuell und transgender).

Gendern heißt geschlechtergerechtes Sprechen: Die Gleichbehandlung der Geschlechter soll zum Ausdruck gebracht werden, wobei es um das gelebte und gefühlte Geschlecht geht, nicht um das aufgrund körperlicher Merkmale zugewiesene. Die Gesellschaft für Deutsche Sprache GfDS sagt „Ja zum Gendern“, wenn es „verständlich, lesbar und regelkonform“ ist. Hamburgs CDU(!)-Chef Christoph Ploß machte sich dagegen für ein Verbot der Gendersprache bei staatlichen Stellen per Gesetz stark, was 53 Prozent der Deutschen befürworteten. Das ficht den Verein frei nach der Devise „Die Sprache bin ich“ nicht an: Im Kern diktatorisches, ja totalitäres Denken.

Die GfDS beweist damit, dass die Gender-Kritiker Recht haben mit ihrer These, dass eine kulturell-

linguistische Avantgarde aus Politikern, Linguisten und Journalisten allen anderen elitär erklären will, wie sie zu reden haben. Das ist arrogant und signalisiert Verachtung für breite Schichten der Bevölkerung: Zum ersten für Männer, die damit diskriminiert werden. Zum zweiten für Frauen, die sich sehr wohl mitgemeint fühlen – auch wenn ihnen Politiker wie Christine Lambrecht (SPD) oder Katrin Göring-Eckardt (Grüne) das Gegenteil einreden wollen. Und erst recht für Lernschwache und Einwanderer, die beim Spracherwerb auf Kriterien wie Verständlichkeit, Lesbar- und Vorlesbarkeit, grammatische Korrektheit und Eindeutigkeit angewiesen sind. Damit kehrt sich der vielbeschworene Wille zur Teilhabe aller in die Ausgrenzung vieler. Das offenbart ein bedenkliches Demokratieverständnis.

Die deutschen Dax-Chefs akzeptieren Gendern nicht. In 441 Beiträgen von 19 männlichen DAX-Vorständen wurde in gerade 32 Prozent der Beiträge etwa durch Doppelpunkt oder Sternchen gegendert, ansonsten das generische Maskulinum genutzt oder das Thema durch Ausdrücke wie „wir“, „Team“ oder „Menschen“ umschifft. Das muss man „Vermeidungsstrategie“ nennen und damit Ausdruck von Doppelmoral: Einerseits wissen die Vorstandschefs um die Lesbarkeits-, Verständnis- und Imagenachteile dieses linguistischen Unsinn, andererseits wollen sie sich nicht klar gegen diese ideologisch gewollte Sprach-erziehung positionieren.

Zugleich hat ein VW-Mitarbeiter gegen Audi beim Landgericht Ingolstadt geklagt, der sich durch die Anrede in dem neuen Audi-Leitfaden zur geschlechtergerechten Sprache diskriminiert fühlt, weil er keine Wahl mehr hat, wie er angesprochen werden möchte. Der Gender Gap wie in „Mitarbeiter_in“ schafft eben nicht „Raum für alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten“, sondern unter umgekehrten Vorzeichen neue

Ungerechtigkeiten. Das Weglassen spezifisch männlicher Endungen ist kein Vorteil, sondern seinerseits fortgesetzte Diskriminierung männlicher Mitarbeiter: Denn statt des generischen Maskulinums haben wir irgendwann das generische Femininum.

Als Lambrecht in einem Gesetzentwurf zum Insolvenzrecht ausschließlich die weibliche Form verwendete (Arbeitnehmerinnen, Geschäftsführerinnen, Schuldnerinnen...), ruderte sie erst zurück, als Seehofers Innenministerium Widerspruch einlegte. Die Autorin Sabine Mertens hat Klage wegen Urheberrechtsverletzung gegen einen Verlag eingereicht, weil einer ihrer Artikel unfreiwillig in gendergerechter Sprache veröffentlicht wurde: so wurde statt „Zeichner“ der Begriff „zeichnende Person“ veröffentlicht. Sogar ein katholischer Jugendverband beschloss vor kurzem, den Gottesbegriff künftig mit dem Genderstern zu verwenden. All das zeigt, dass uns der gesunde Menschenverstand, der von zwei Geschlechtern bei wenigen Ausnahmen ausgeht, abtrainiert werden soll.

